



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 123

14. NOVEMBER 2008

BKA-GESETZ: MEHR SICHERHEIT FÜR DIE MENSCHEN

In den Morgenstunden des 4. Juni 2009 explodiert im Hauptbahnhof Hannover ein Sprengsatz. Die Wucht der Detonation zerstört die Promenade und mehrere Gebäude rund um den Ernst-August-Platz. Durch den Anschlag einer Al-Kaida-Gruppierung sterben viele Menschen. Später muss der BKA-Präsident einräumen: „Wir hätten den Anschlag verhindern können. Wenn unsere Ermittler präventiv auf die Computer von vier polizeibekanntem Extremisten hätten zugreifen können“. Die Empörung in der Bevölkerung ist groß.

Zum Glück ist das nur eine Fiktion. Hoffen wir alle, dass ein solches Horrorszenario nie Wirklichkeit wird. An den Haaren herbeigezogen ist es leider nicht. Erst im Oktober warnte BND-Präsident Ernst Uhlrau vor einer neuen Dimension des Al-Qaida-Terrors. Angesichts dieser fortschreitenden Bedrohungslage durch den weltweit vernetzten Terrorismus haben Bundestag und Bundesrat bereits vor zwei Jahren mit großer Mehrheit zu Recht beschlossen, dem Bundeskriminalamt für die Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus auch eine polizeiliche Gefahrenabwehrbefugnis zu übertragen.

Mit dem „BKA-Gesetz“ wird dieser Auftrag des Gesetzgebers umgesetzt. Die Wiesbadener Behörde wird dabei nicht - wie oft irrtümlich behauptet - zu einer neuen Superbehörde mit nie dagewesenen Befugnissen. Das Bundeskriminalamt bekommt lediglich länderübergreifend jene Ermächtigungen, welche die Länderpolizeien bereits seit vielen Jahren haben.

Während das BKA in der Vergangenheit nur für die Strafverfolgung zuständig gewesen ist, soll es in Zukunft auch für die Gefahrenprävention bei drohenden Anschlägen sorgen können. Damit werden bei Gefahr im Verzug kurze Entscheidungswege und effektive Maßnahmen zum Schutz der Bürger sichergestellt.

Neu ist beim Gesetzesentwurf nur die „Online-Durchsuchung“. Damit der Staat den modernen Kom-



munikationsstrategien der Terroristen nicht hilflos gegenüber steht, sollen Ermittler künftig verdeckt in Computer von potentiellen Terroristen eindringen dürfen. Ein Terrorismusverdacht muss also begründet sein.

Für Linkspolitiker wie Ulla Jelpke (die auf ihrer Homepage zur Solidarität mit der kubanischen Diktatur von Fidel Castro aufruft) verwandelt sich das BKA zu „einer geheim operierenden Staatspolizei“. Das ist Unsinn. Auch das BKA-Gesetz ist fest im Fundament unserer Verfassung verankert. Online-Durchsuchungen dürfen nur aufgrund einer unabhängigen richterlichen Entscheidung unter engsten tatbestandsmäßigen gesetzlichen Voraussetzungen durchgeführt werden.

Liebe Leserinnen und Leser.

Während die Medien noch von einer „Obama-Mania“ und dem Ypsilanti-Chaos in Hessen dominiert werden, wird in Berlin Politik gemacht. Das Parlament hat in dieser Woche das „BKA-Gesetz“ verabschiedet, für das sich die CDU/CSU-Fraktion besonders eingesetzt hat. In Zukunft soll das Bundeskriminalamt (wie die Landespolizei seit Jahren) auch präventiv gegen den internationalen Terrorismus vorgehen können. Das erhöht die Sicherheit der Menschen in Deutschland und gefährdet sie nicht, wie es die Opposition behauptet.

Herzlichst, Ihr



STEINMEIER VON GENOSSEN BLAMIERT



Wie handlungsfähig sind die Sozialdemokraten überhaupt noch? Nach der Aktion „Beckweg“ und dem Ypsilanti-Chaos in Hessen steht beim Koalitionspartner der nächste Hauskrach an. Nachdem die Sozialdemokraten im Koalitionsausschuss dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren zugestimmt hatten, hat die SPD-Fraktion den mühsam ausgehandelten Kompromiss in dieser Woche platzen lassen.

Der Hintergrund: Nach langem Ringen hatten sich die Koalitionsspitzen inklusive

Außenminister erst im Oktober auf einen Gesetzentwurf zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren verständigt.

Um die Bürger in Deutschland möglichst umfassend vor Anschlägen zu schützen, sah der Gesetzentwurf vor, dass die Bundeswehr zur Abwehr extremer Gefahren auch im Inland mit Waffengewalt eingreifen darf, falls die Polizei mit eigenen Mitteln nicht weiterkommt.

Mit ihrem Veto hat die SPD nicht nur der Sicherheit in

Deutschland einen Bären dienst erwiesen. Auch Frank-Walter Steinmeier haben die Genossen einen ordentlichen Punch verpasst.

Der Kanzlerkandidat der SPD ist angezählt. Gerade der hatte sich für den Kompromiss stark gemacht, von dem die SPD jetzt abweicht.

Das alles zeigt, dass die SPD auch nach dem Beck-Putsch ein Führungsproblem hat.

GROSSE-BRÖMER SPRACH ZU VW-GESETZ



Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche eine Änderung des „VW-Gesetzes“ beschlossen. Nach der Novelle soll das Recht der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen auf Entsendung von je zwei Mitgliedern in den Aufsichtsrat des Unternehmens aufgehoben werden. Ebenso soll das Höchststimmrecht, wonach ein Aktionär - egal wieviele Aktien er besitzt - nur 20 Prozent der Stimmrechte ausüben kann, entfallen.

Mit dem neuen Gesetz reagiert die Bundesregierung auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes. Die Richter hatten entschieden, dass die Beibehaltung dieser Vorschriften als Beschränkung des freien Kapitalverkehrs zu werten sei.

In seiner Rede im Bundestag verwies Michael Grosse-Brömer auf die besondere Bedeutung des Volkswagenkonzerns für die deutsche Wirtschaft und dessen Stabilität auch in Zeiten der Kri-

se. Zu dieser Stabilität habe auch das VW-Gesetz beigetragen. Um diese positive Kontinuität zu wahren, müsse der Kern des Gesetzes, die 20-prozentige Sperrminorität Niedersachsens, erhalten bleiben.

Mit der Novelle werde das vom EuGH gerügte Zusammenspiel aus Höchststimmrecht und besonderen Mehrheitserfordernissen beendet. So wäre die Bundesrepublik auch im Fall einer neuen Klage nicht ohne Chance.



ZU BESUCH IN BERLIN

In dieser Woche hatte Michael Grosse-Brömer gleich zweimal Besuch. Den Auftakt machten Auszubildende des Herbergsvereins Winsen an der Luhe. Auf sie folgte eine BPA-Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, die für drei Tage in der Stadt blieb.

Zum Besuchsprogramm bei der Gruppen gehörte unter

anderem eine ausführliche Besichtigung des Berliner Reichstagsgebäudes.

Im Rahmen ihrer Visite nutzten beide Besuchergruppen die Gelegenheit, ihrem Abgeordneten im Rahmen einer Diskussionsrunde zu aktuellen politischen Fragen auf den Zahn zu fühlen.

TERMINAUSWAHL

- 17.11. Sitzung CDU Kreisvorstand in Maschen
- 18.11. Landvolktag 2008 in Rosengarten-Nenndorf
- 19.11. Infoveranstaltung zur A 21 im Marstall Winsen
- 20.11. Vorlesetag in der Grund- und Hauptschule Hittfeld
- 21.11. 10 Jahre WLH in Wenzendorf

